

Elke Schüller

# Politik- und Karriereverläufe von Kommunalpolitikerinnen

## Eine Kollektive Biografie am Beispiel der Frankfurter Nachkriegspolitikerinnen

In der Zeit unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkrieges und des Nationalsozialismus war in Deutschland die politische Partizipation von Frauen im politisch-parlamentarischen Bereich nicht sehr hoch. Lediglich ein Prozent der Frauen war Mitglied einer politischen Partei,<sup>1</sup> im Bundestag und in den Landtagen lag der Anteil weiblicher Abgeordneter nur im einstelligen Bereich. Am stärksten waren Frauen noch in der städtischen Kommunalpolitik vertreten, hier überschritt ihr Anteil jedoch auch nur knapp die Zehn-Prozent-Marke.

Vor dem Hintergrund dieser niedrigen Partizipationsrate von Frauen soll im Folgenden zwei Fragenkomplexen nachgegangen werden:

1. Was waren das für (Ausnahme-)Frauen, die unter den extremen (Lebens-)Bedingungen der unmittelbaren Nachkriegszeit Interesse, Kraft und Durchsetzungsvermögen aufbrachten, sich in der Männerdomäne ›Politik‹ zu engagieren? In welcher Tradition und mit welchem Selbstverständnis taten sie dies? Was waren die entscheidenden Mobilisierungsmomente für ihre politische Partizipation?
2. Mit welchen Themen beschäftigten sich die weiblichen Stadtverordneten in ihrer parlamentarischen Arbeit? Welchen Raum nahmen dabei frauenpolitische Aspekte ein? Haben die Kommunalpolitikerinnen eigene, weibliche Instrumente und Strategien der politischen Einflussnahme entwickelt? Welche Rolle spielten informelle Netzwerke für ihre Arbeit?

Diese Fragen sollen für das erste Nachkriegsjahrzehnt am Beispiel der Stadt Frankfurt am Main beantwortet werden.<sup>2</sup> Dort war der Anteil der Frauen in der Stadtverordnetenversammlung

überdurchschnittlich groß, er erreichte teilweise bis zu 17,5 Prozent. Und zudem war auch die weibliche Partizipation auf der unkonventionellen, außerparlamentarischen Ebene hoch: Es gab in Frankfurt einen starken überparteilichen Frauenverband, der überregionale Bedeutung und wegweisenden Vorbildcharakter hatte.

### 1. Kollektive Biografie der Frankfurter Kommunalpolitikerinnen

Zur Beantwortung des ersten Fragekomplexes soll den Akteurinnen des politischen Handelns als Personenkollektiv eine besondere biografische Aufmerksamkeit gewidmet werden. Die individuellen Lebensläufe der 27 weiblichen Stadtverordneten und zwei Magistratsmitglieder, die es zwischen 1946 und 1956 in Frankfurt gab, werden vergleichend analysiert, um Regelmäßigkeiten in ihrem Verlauf sowie sozialstrukturelle biografische Gemeinsamkeiten und ihr politisches Profil herausfiltern zu können.

Die so entstehende Kollektive Biografie der Akteurinnen auf der politisch-parlamentarischen Bühne Frankfurts erlaubt es, soziale Einflussgrößen und Determinanten zu benennen, die ihre politische Partizipation befördert haben. Eine derartige Kollektive Biografie ist zu verstehen als »theoretisch und methodisch reflektierte, empirische, besonders auch quantitativ gestützte Erforschung eines historischen Personenkollektivs in seinem jeweiligen gesellschaftlichen Kontext«.<sup>3</sup> Das kollektiv-biografische Vorgehen ist bei den Stadtverordneten und Magistratsmitgliedern möglich, da diese ein klar abgegrenztes, dabei

aber ausreichend großes und vollständig bekanntes Sample bilden, zu dem außerdem hinreichend biografische Daten recherchiert werden konnten. Für die Akteurinnen der Frauenorganisationen sind diese Voraussetzungen nicht gegeben, so dass sie nicht in die kollektiv-biografische Analyse einbezogen werden können. Soweit überhaupt Aussagen über das Kollektiv der unkonventionell partizipierenden Frauen gemacht werden können, ist allerdings festzustellen, dass es in seinen sozialstrukturellen Merkmalen weitgehend mit demjenigen der konventionell partizipierenden Politikerinnen übereinstimmte.

Um die individuellen Lebensläufe der Kommunalpolitikerinnen vergleichen, statistisch auswerten und die gewonnenen Ergebnisse im Sinne einer Kollektiven Biografie interpretieren zu können, ist ihre formalisierte Strukturierung in einzelne objektivierbare Merkmale erforderlich:<sup>4</sup> Mit Hilfe der Merkmale ›Altersstruktur‹, ›Soziale Herkunft‹, ›Bildung‹, ›Beruf‹ und ›Lebensform‹ sind Aussagen zum sozialstrukturellen Profil der Kommunalpolitikerinnen möglich, und die Merkmale ›Politische Vorerfahrung‹, ›Politische Haltung und Situation im Nationalsozialismus‹ sowie ›Politische Laufbahn‹ geben Hinweise auf ihr politisches Profil.

Zunächst soll der Blick auf das *Alter* der politisch partizipierenden Frauen gerichtet werden: In Stadtverordnetenversammlung und Magistrat der Stadt Frankfurt stand die große Mehrheit der politischen Akteurinnen des ersten Nachkriegsjahrzehnts in der Mitte ihres Lebens oder in der zweiten Lebenshälfte, ihr Altersdurchschnitt lag bei etwa fünfzig Jahren. Vor allem bei den Christdemokratinnen wurde das Bild kontinuierlich von der älteren Generation geprägt. Unter den Sozialdemokratinnen dominierten dagegen, wie bei den Liberalen und den Kommunistinnen, die mittleren Altersgruppen.

Gemessen am Altersaufbau der weiblichen Bevölkerung Hessens<sup>5</sup> waren die über 65-jährigen ihrem Bevölkerungsanteil entsprechend in

der Kommunalpolitik vertreten, während die 40- bis 65-jährigen mehr als doppelt so stark repräsentiert waren als in der Bevölkerung. Am schwächsten waren die 20- bis 40-jährigen Frauen in Stadtverordnetenversammlung und Magistrat vertreten, sie waren nur etwa halb so stark vertreten wie in der Bevölkerung. Diese jungen, nach 1920 geborenen Frauen, die unter dem Nationalsozialismus politisch sozialisiert worden waren, zeigten kaum die Bereitschaft zu einer wie auch immer gearteten politischen Partizipation. Sie werden in der Forschung als *Hitlerjugendgeneration* oder auch als »*skeptische Generation*« bezeichnet.<sup>6</sup>

Politisch aktiv wurde dagegen vor allem die ältere Generation der zwischen 1875 und 1894 geborenen Frauen, die als *Pionierinnengeneration* bezeichnet werden kann, sowie die mittlere Generation, die zwischen 1895 und 1919 geboren worden und durch die Jugendbewegung politisch sozialisiert worden war. Letztere kann deshalb als *Jugendbewegungsgeneration* betrachtet werden.<sup>7</sup> Beide Generationen brachten vielfältige politische Vorerfahrungen aus Parteien, Gewerkschaften oder der Alten Frauenbewegung mit, die ihr politisches Engagement unmittelbar nach 1945 wesentlich erleichterten, da sie an alte Erfahrungen anknüpfen und auf bereits bestehende Netzwerke zurückgreifen konnten. Es waren also nur sehr wenige Frauen, die erst im demokratischen Neuaufbau Nachkriegsdeutschlands mit einer politischen Partizipation auf der konventionellen Ebene begannen; die meisten setzten ihr Engagement aus der Weimarer Republik fort.

In Bezug auf die *Soziale Herkunft* der Frankfurter Kommunalpolitikerinnen ist eine deutliche Differenz zwischen den Kommunalpolitikerinnen der linken Parteien und denjenigen des bürgerlich-liberalen Parteienspektrums festzustellen. Die Frauen der SPD und der KPD stammten in der Regel aus Arbeiter- und Handwerkerhaushalten, die Christdemokratinnen sowie die Liberalen

dagegen kamen überwiegend aus bürgerlichen bis großbürgerlichen Familien.

Im Unterschied zu den bürgerlich-liberalen Kommunalpolitikerinnen, von denen nur für eine Christdemokratin bekannt ist, dass ihre Eltern einer Partei, dem Zentrum, angehört hatten, waren viele der linken Frauen, nämlich zwischen zwanzig und knapp sechzig Prozent der Sozialdemokratinnen sowie zwei Drittel der Kommunistinnen, in parteipolitisch sehr engagierten Familien aufgewachsen. Ihre Familien stellten »gewissermaßen den ›Schwertadel‹« der Arbeiterbewegung dar und bildeten das personelle Gerüst der Ortsgruppen.<sup>8</sup> Ein in sich geschlossenes soziales Milieu<sup>9</sup> der jeweiligen Partei umfasste und bestimmte den größten Teil des Lebensumfeldes der sozialdemokratischen und kommunistischen Kommunalpolitikerinnen und hatte ihr eigenes politisches Engagement bedeutend gefördert und erleichtert. Die Familien des ›Schwertadels‹ der ArbeiterInnenparteien bildeten also auch für ihre Töchter »das Rekrutierungsfeld ... der Gemeindevertreter«.<sup>10</sup>

Auch bezüglich des *Bildungsgrades* der Politikerinnen fallen deutliche Unterschiede zwischen den Parteien der verschiedenen politischen Richtungen auf. Die Sozialdemokratinnen und die Kommunistinnen hatten in der Regel – ihrer Herkunft aus Arbeiter- und Handwerkerfamilien entsprechend – einen niedrigen, maximal mittleren Schulabschluss erreicht. Die meisten hatten wohl nur die Volksschule durchlaufen. Die Freidemokratinnen lagen mit ihren Schulabschlüssen im Mittelfeld, sie hatten – soweit überhaupt bekannt – einen mittleren bis höheren Schulabschluss. Unter den Kommunalpolitikerinnen der CDU dagegen dominierte ein überdurchschnittlich hoher Bildungsgrad. Bis zu drei Viertel von ihnen hatten die Universität besucht und fast die Hälfte von ihnen auch promoviert. Die hohe Bildung der Frankfurter Christdemokratinnen erklärt sich einerseits durch ihre Herkunft aus (groß-)bürgerlichen Familien, in denen allgemein ein hoher

Bildungsstandard vorherrschte, der offensichtlich auch mehr und mehr für die Töchter an Geltung gewann. Andererseits ist ihre durchgängig hohe Bildung insofern bemerkenswert, als es sich in ihrer Mehrheit um ältere Frauen handelte, die Schule und Universität in einer Zeit absolviert hatten, in der eine höhere Bildung in Deutschland nach wie vor ein weitgehend männliches Privileg darstellte.<sup>11</sup> Als Pionierinnen der Frauen- und Mädchenbildung hatten sie deshalb teilweise ihre höhere Schulausbildung ins Ausland verlegen müssen oder ihr Studium mangels formaler Zulassungsvoraussetzungen nicht abschließen dürfen. Alle konnten aber schon von den Errungenschaften der bürgerlichen Frauenbewegung hinsichtlich Bildung und Ausbildung profitieren und hatten zum Teil auch in ihrem späteren Berufsleben versucht – teilweise sogar an prominenter Stelle – zu einem weiteren Ausbau dieser Errungenschaften beizutragen.

Festzuhalten bleibt an dieser Stelle, dass sich der überdurchschnittlich hohe Bildungsgrad bürgerlicher Frauen positiv auf ihr politisches Engagement auswirkte, während bei den Sozialdemokratinnen und Kommunistinnen ihr politisches Engagement bereits größtenteils durch ein parteipolitisch stark engagiertes Elternhaus und einen daraus folgenden selbstverständlichen frühen Eintritt in die Partei der Eltern gefördert wurde.

Von ganz besonderer Bedeutung für die politische Partizipation von Frauen erweist sich das Merkmal *Berufstätigkeit*. Fast alle politisch aktiven Frauen der Nachkriegszeit hatten einen Beruf erlernt, und viele von ihnen übten einen der typischen Frauenberufe wie Fürsorgerin oder Lehrerin aus, an deren Entstehung und Ausprägung die Frauenbewegung in hohem Maße beteiligt gewesen war. Diese Frauen gehörten größtenteils der älteren Generation an und zählten auch hier zu den Pionierinnen in ihrem Beruf. Durchschnittlich zwei Drittel der Frauen standen zur Zeit ihrer politischen Aktivität im Berufsle-

ben, ihre Erwerbsquote überstieg bei weitem diejenige der weiblichen Bevölkerung von knapp über dreißig Prozent.<sup>12</sup> Berufstätigkeit und das damit verbundene stärkere Heraustreten in die Öffentlichkeit und gesteigerte Selbstbewusstsein der Frauen erleichterte somit den Schritt zur Teilnahme am politischen Leben. Gleichzeitig waren berufstätige Frauen weniger den traditionellen Vorurteilen gegen politisch engagierte Frauen ausgesetzt; dies galt besonders für diejenigen, deren berufliche Position ihnen eine bestimmte Autorität und Sonderstellung gab – wie für die Fürsorgerinnen und Lehrerinnen.<sup>13</sup>

Ein weiterer wesentlicher Faktor für das politische Engagement der Frankfurter Kommunalpolitikerinnen stellte die *Lebensform* der Frauen dar. Unter den Politikerinnen dominierten, allerdings mit deutlich sinkender Tendenz, die unverheirateten, ganz besonders die ledigen Frauen, die frei von Familienaufgaben waren und in deren Leben die Berufstätigkeit einen hohen Stellenwert eingenommen hatte. Dies galt in besonderem Maße für die erste Legislaturperiode: Hier waren über neunzig Prozent der Kommunalpolitikerinnen unverheiratet, die meisten davon waren ledig, und viele lebten in Wohn- und Lebensgemeinschaft mit anderen Frauen, teils in familienbezogenen Lebensgemeinschaften mit Müttern oder Schwestern, teils in Lebensgemeinschaften mit einer Freundin.<sup>14</sup>

Der hohe Anteil unverheirateter, kinderloser, berufstätiger Frauen unter den Kommunalpolitikerinnen weist darauf hin, dass es besonders in der unmittelbaren Nachkriegszeit Frauen ohne Familienaufgaben waren, die am ehesten zu einer aktiven politischen Partizipation zu bewegen waren. Sie hatten unter den schwierigen Alltagsbedingungen, in denen Hausarbeit zur Überlebensarbeit geworden war, keinen Ehemann und keine Kinder zu versorgen und waren es durch ihren Beruf ihr Leben lang gewohnt, eigenständig und aktiv im öffentlichen Leben zu stehen. Diese unverheirateten Frauen „neigten

dazu, ihren Verantwortungssinn von der Privatsphäre auf die öffentliche Sphäre des Gemeinschaftslebens auszudehnen“.<sup>15</sup> Viele von ihnen gehörten der älteren Generation an und zählten zu den „Pionierinnen in den neuen Frauenberufen und den Aktivistinnen der Frauenbewegung“.<sup>16</sup>

Der Anteil verheirateter Frauen stieg erst ab 1950 in der Frankfurter Kommunalpolitik an. Erst am Ende des ersten Nachkriegsjahrzehntes entsprach ihr Anteil von 43 Prozent demjenigen verheirateter Frauen in der Bevölkerung Hessens. Es handelte sich bei ihnen vor allem um Frauen im mittleren Lebensalter, die nicht berufstätig waren. Obgleich ihre Kinder in der Regel bereits Jugendliche oder Erwachsene waren, mussten die verheirateten Frauen gegen vielfältige Vorurteile und oft auch gegen den Widerstand des Ehemannes ankämpfen. Ehemänner, die das politische Engagement ihrer Frauen unterstützten, galten unter den Politikerinnen als »einmaliger Fall oder weißer Rabe«.<sup>17</sup>

Auffallend ist, dass sich der zunehmende Eintritt verheirateter Frauen in die Politik – der im Übrigen nicht nur die Kommunalpolitik betraf<sup>18</sup> – gegenläufig zu der von der Forschung konstatierten »Refamiliarisierung«<sup>19</sup> verhielt, wonach die Frauen ab Ende der 1940er/Anfang der 1950er Jahre verstärkt in Haushalt und Familie und damit in die traditionellen Geschlechterrollen zurückgedrängt wurden.

Ein weiteres gewichtiges Mobilisierungsmoment stellte bei den politisch aktiven Frankfurterinnen die *Erfahrung des Nationalsozialismus* dar, dem sie zum allergrößten Teil zumindest abstinent gegenüber gestanden hatten. Einige von ihnen (16,5%) waren im organisierten Widerstand aktiv gewesen. Sie gehörten den beiden Arbeiterbewegungsparteien SPD und KPD an und waren zur Zeit ihres Widerstandes noch recht jung gewesen und gehörten der Jugendbewegungsgeneration an. Resistenz (29,5%) im Sinne von nicht-konformen Verhaltensweisen, von Dissens und

Verweigerung im Alltag ist im Unterschied dazu vorwiegend für die bürgerlich-liberalen Frauen überliefert: Von den Christdemokratinnen hatte durchgängig die Hälfte und von den Freidemokratinnen ein Drittel resistentes Verhalten gezeigt. Ihre Widersetzlichkeit hatte ihnen (27%) *Repressionen* wie Verhaftungen, Verhöre, Hausdurchsuchungen oder Überwachung eingebracht – in einem Fall sogar die Inhaftierung in einem Konzentrationslager. Auch berufliche Nachteile bis hin zur Entlassung hatten sie hinnehmen müssen, wovon vor allem die älteren, beruflich qualifizierten Frauen, die größtenteils der CDU angehörten, betroffen waren. Nach diesem »Erfahrungsschock des Nationalsozialismus«<sup>20</sup> wollten sie sich nun aktiv politisch dafür einsetzen, dass derartige nicht noch einmal geschehen konnte und ein dauerhafter Frieden zustande kam. Sie nahmen deshalb ihre politischen Tätigkeiten aus der Zeit vor dem Nationalsozialismus wieder auf und intensivierte sie größtenteils noch.

Als letztes Merkmal der Kollektiven Biografie der Frankfurter Kommunalpolitikerinnen soll nun noch ein Blick auf ihre *politische Laufbahn* geworfen werden: Die weitverbreitete These, eine politische Partizipation in der Kommunalpolitik diene als »organische Vorbereitung für ein Landtagsmandat«<sup>21</sup> und damit als »Karrieresprungbrett in die Landes- oder Bundespolitik«<sup>22</sup> und »Einstieg in politische Führungspositionen«<sup>23</sup> kann für die weiblichen Stadtverordneten und Magistratsmitglieder nicht bestätigt werden, denn nur eine von ihnen, eine Sozialdemokratin, stieg in den Landtag auf (das entspricht 3,5% des Gesamtsamples), und den Weg in den Bundestag fand nicht eine Einzige.

Die schlechten Chancen der Kommunalpolitikerinnen, in die Landes- oder Bundespolitik aufzusteigen, zeugen einerseits davon, dass »Frauen früher vorrangig an innerparteilichen Barrieren scheiterten, wenn sie sich um ein Landtags- oder Bundestagsmandat bewerben wollten. Mit anderen Worten: Sie wurden von der Mehrheit

der männlichen Mitglieder gar nicht erst (oder viel zu schlecht ...) für ein solches prestigeträchtiges Amt nominiert; auf der untersten Ebene dagegen überließ man(n) ihnen bereitwilliger ein paar Sitze.«<sup>24</sup>

Andererseits ist die Tatsache, dass der größte Teil der Kommunalpolitikerinnen keine politische Karriere machte auch als Ausdruck davon zu werten, dass die Frauen selbst diese oft gar nicht anstrebten, sondern ihre Priorität bewusst auf ein kommunalpolitisches Engagement legten. Der Wunsch, in ihrer unmittelbaren Umgebung am »Aufbau« beteiligt zu sein und ihre direkte Lebenswelt mit zu gestalten, scheint ihnen wichtiger gewesen zu sein als Machtstreben oder Parteikarriere. Indem sie in großer Selbstbeschränkung keinen Ehrgeiz für die »hohe« Politik entwickelten, überließen sie diese jedoch gleichzeitig auch wieder den Männern.

## **2. Analyse der politischen Tätigkeitsfelder und des politischen Verhaltens der Frankfurter Kommunalpolitikerinnen**

### **Themen**

Die weiblichen Stadtverordneten Frankfurts beteiligten sich größtenteils rege und selbstbewusst an der parlamentarischen Arbeit. Besonders intensiv arbeiteten sie in den Ausschüssen und Deputationen mit, erhielten allerdings nur in den seltensten Fällen einen Ausschussvorsitz. Inhaltlich konzentrierten sie sich dabei im sozial-, bildungs-, gesundheits- und kulturpolitischen Bereich. Ihre Delegation in diese Gremien erfolgte analog ihrer beruflichen Kompetenzen, sie entsprach aber wohl auch größtenteils den eigenen Vorlieben der Kommunalpolitikerinnen. In ihren Plenarreden und parlamentarischen Anträgen<sup>25</sup> befassten sie sich anfangs schwerpunktmäßig mit der Sicherstellung des

alltäglichen Lebensbedarfs der Bevölkerung, der Wiederherstellung von Wohnungen und der Verkehrsinfrastruktur; diese Themen verloren dann aber mit der wachsenden Konsolidierung der Alltagssituation kontinuierlich an Bedeutung. Eine durchgängige Konjunktur hatte dagegen der Themenbereich Sozialpolitik und Fürsorge. Zunehmend mehr Gewicht in der Arbeit der weiblichen Stadtverordneten erlangte von Legislaturperiode zu Legislaturperiode die Schulpolitik, die schließlich zu ihrem dominierenden Schwerpunktthema avancierte, was nicht zuletzt mit dem steigenden Anteil der Lehrerinnen in der Stadtverordnetenversammlung korrelierte, die sich fast ausschließlich auf dieses Thema konzentrierten.

Frauen blieben somit auf ›weiche‹, als weniger wichtig empfundene Politikfelder der Alltagsbewältigung, der Sozial- und Schulpolitik, teilweise auch der Gesundheits- und der Kulturpolitik festgelegt, die schon immer als traditionell weibliche Themenbereiche galten. Die als ›harte‹ und ›eigentlich politisch‹ angesehenen Themen, wie die Finanz- und Wirtschaftspolitik, waren weiterhin den Männern vorbehalten. Damit setzte sich die bereits in der Weimarer Republik vorgenommene geschlechtsspezifische Segmentierung und Zuweisung von Politikfeldern<sup>26</sup> sowie die »bewährte Hierarchie der politisch respektablen Themen und Inhalte«<sup>27</sup> fort. Sie spiegelte die gesellschaftliche Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern wider, in der die Frauen für den privaten, nichtöffentlichen Bereich der Reproduktion, der Kindererziehung und des Haushaltes zuständig waren, und auf der auch die begrenzten Berufswahlmöglichkeiten der Frauen beruhten; dementsprechend hatten sie auch als ›Stadtmütter‹ die Zuständigkeit für diesen Bereich – und blieben zumeist auch auf diesen beschränkt.

## **Frauenpolitische Themen**

Gleichzeitig aber betrafen diese ›weichen‹ Politikfelder ja in ganz besonderem Maße die Anliegen und die Lebensumstände der gesamten weiblichen Bevölkerung, und daher gelang es den Stadtverordneten hier auch am ehesten, frauenspezifische Aspekte in die politische Arena einzubringen. Sie argumentierten in diesen Fällen explizit als Frauen und im Interesse der Frauen, wobei es ihnen nicht nur um die unmittelbare Verbesserung der weiblichen Lebenssituation und Lebenschancen ging, sondern ganz grundsätzlich darum, »... daß unsere Rechte als Frauen gewahrt werden«<sup>28</sup> – wie es eine Christdemokratin ausdrückte – und dass die »Frauen nicht nur gleichberechtigt sind, sondern auch gleichgewertet werden«<sup>29</sup> – wie es eine Sozialdemokratin forderte. Dabei bezogen sie sich nicht nur ausdrücklich auf die Tradition ihrer Vorgängerinnen aus Frauenbewegung und Kommunalpolitik des Kaiserreichs sowie der Weimarer Republik, sondern auch auf die mittlerweile in der hessischen Verfassung von 1946 festgeschriebenen Rechte der Frau.

Trotzdem nahmen explizit frauenpolitische Themen in der parlamentarischen Arbeit der weiblichen Stadtverordneten keinen großen Raum ein. In den ersten drei Legislaturperioden befassten sich im Durchschnitt lediglich 13 Prozent ihrer Reden und Anträge mit entsprechenden Fragen. Und es exponierten sich auch längst nicht alle weiblichen Abgeordnete frauenpolitisch, sondern durchschnittlich nur gut vierzig Prozent von ihnen. Die frauenpolitisch engagiertesten weiblichen Stadtverordneten waren gleichzeitig auch Mitglieder des überparteilichen Frankfurter Frauenverbandes und dort ebenfalls überdurchschnittlich aktiv. Deshalb verwundert es nicht, dass die frauenpolitischen Themen und Forderungen der Stadtverordneten weitgehend identisch waren mit denjenigen des Frankfurter Frauenverbandes und dass in diesen Punkten eine große Einigkeit zwischen den Frauen auf den verschiedenen Partizipationsebenen herrschte.

Wichtigstes gemeinsames frauenpolitisches Thema der ersten Nachkriegsjahre war das Bemühen, die schwierige Lage der Hausfrauen zu verbessern, für die Hausarbeit zur Überlebensarbeit geworden war. Parlamentarisch wie außerparlamentarisch versuchten die politisch aktiven Frauen, eine stärkere Berücksichtigung der spezifischen Belange der Hausfrauen durchzusetzen, wandten sich gegen die allgemeine Geringschätzung der Hausarbeit, die u. a. zur Benachteiligung der Hausfrauen beispielsweise bei Lebensmittelzuteilungen führte und forderten stattdessen eine höhere Wertschätzung der Hausarbeit, was den Frauenverband veranlasste, sich sogar für die Anerkennung der Hausfrauenarbeit als Beruf einzusetzen. Immer wieder wurde betont, dass gerade die Hausfrauen Expertinnen für viele kommunalpolitische Fragen seien und deshalb verstärkt als ehrenamtliche Bürgervertreterinnen in die Ausschüsse und Deputationen berufen werden müssten. Mit der teilweisen Erfüllung dieser Forderung gelang es, den Einfluss der bisher nur unzureichend in der Kommunalpolitik vertretenen Frauen zu stärken und gleichzeitig parteipolitisch ungebundenen Frauen eine Möglichkeit zu kommunalpolitischem Engagement zu eröffnen.

Das zweite große frauenpolitische Thema der Frankfurter Kommunalpolitikerinnen war die Frage der weiblichen Berufstätigkeit. Und diese Frage rückte bald sogar in den Mittelpunkt des frauenpolitischen Interesses, denn infolge der Rückkehr vieler männlicher Kriegsgefangener und durch die Auswirkungen der Währungsreform wurden die Frauen zunehmend aus der Erwerbsarbeit verdrängt, und zwar insbesondere von den qualifizierteren Arbeitsplätzen. Unisono postulierten Stadtverordnete und Frauenverband das grundsätzliche Recht der Frauen auf Erwerbsarbeit, das sie zum »wirtschaftlich selbständigen und dadurch auch selbständig denkenden Menschen« macht, wie eine Kommunistin feststellte.<sup>30</sup> Sie forderten Zugang zu allen Berufen

und protestierten heftig gegen die auch in der Stadtverwaltung gängigen Versuche, Ehefrauen wegen der zunehmenden Nachkriegsarbeitslosigkeit genau dieses Recht mit Hilfe des so genannten ›Doppelverdienerargumentes‹ zu verweigern. Der Frauenverband erhob außerdem erneut die alte Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit. Mit diesen Forderungen knüpften die in der Nachkriegszeit politisch engagierten Frauen explizit an die unerledigt gebliebenen Forderungen der Alten Frauenbewegung an und führten deren Rechtskämpfe weiter.

### **Instrumente, Strategien, Netzwerke**

Um ihren frauenpolitischen Forderungen mehr Nachdruck zu verleihen, arbeiteten Stadtverordnete und Frauenverband Hand in Hand, unterstützten sich gegenseitig und konnten so deutlich ihr politisches Gewicht erhöhen. Dies wurde dadurch erleichtert, dass – wie bereits angeführt – mindestens die Hälfte der weiblichen Stadtverordneten gleichzeitig auch im Frauenverband organisiert war, woraus eine starke Vernetzung von parlamentarischer und außerparlamentarischer Frauenpolitik resultierte. Einerseits brachten die Stadtverordneten Anträge zugunsten der Frauenorganisation und ihrer Anliegen ein; andererseits unterstützte der Frauenverband durch Eingaben, öffentliche Stellungnahmen, Kundgebungen und Resolutionen die parlamentarischen Anträge der Stadtverordneten.

Aus dem gemeinsamen Engagement im überparteilichen Frauenverband, wo sie sich nicht nur jenseits der verfestigten Parteistrukturen besser kennen lernten, sondern sich vor allem über gemeinsame politische Ziele verständigen konnten, entwickelte sich auch eine enge Zusammenarbeit von weiblichen Stadtverordneten gegensätzlicher parteipolitischer Couleur für die Interessen der Frauen. Sie kooperierten über die Parteigrenzen hinweg und stellten vielfach Frauensolidarität über Parteidisziplin und Fraktionstreue. Weibliche Stadtverordnete der

verschiedenen Parteien ergriffen in größerer Zahl das Wort zu demselben Thema, etwa wenn es um das Recht auf Erwerbsarbeit für Frauen und die Verbesserung der Situation erwerbstätiger Frauen oder um den Wiederaufbau bzw. Neubau der Schulen ging. Sie bezogen sich über die Parteigrenzen hinweg zustimmend und positiv aufeinander, was seinen sprachlichen Ausdruck fand in Formulierungen wie »Wir Frauen im Stadtparlament ...« oder: »Uns Frauen ...«. <sup>31</sup> Argumentativ unterstützten sie sich und stimmten – zum Entsetzen ihrer männlichen Kollegen – häufig sogar den parlamentarischen Anträgen parteipolitischer »Gegnerinnen« zu. So begann beispielsweise eine christdemokratische Stadtverordnete eine ihrer Reden mit der grundsätzlichen Feststellung: »Wenn es um Frauenfragen geht, dann stehen wir Frauen geschlossen da!« <sup>32</sup> – und diese überparteiliche Frauensolidarität signalisierenden Sätze galten der Unterstützung des Antrages einer kommunistischen Kollegin, der sich gegen die geplante Entlassung erwerbstätiger Frauen aus der Stadtverwaltung mit Hilfe des bereits erwähnten »Doppelverdiener-Verordnung« wandte.

Die wichtigsten und spektakulärsten parlamentarischen Aktionen der weiblichen Stadtverordneten stellten interfraktionelle parlamentarische Anträge dar. Damit griffen sie auf ein politisches Instrument zurück, das bereits die Abgeordneten der Weimarer Republik auf allen parlamentarischen Ebenen, besonders aber in der Kommunalpolitik benutzt hatten und das auch in der Nachkriegszeit wieder weit verbreitet war. An den interfraktionellen (Frauen-)Anträgen in Frankfurt beteiligten sich Abgeordnete aller vier zu dieser Zeit in der Stadtverordnetenversammlung vertretenen Parteien (SPD, CDU, FDP und KPD). Bis auf eine Ausnahme wurde all diesen Anträgen von der Stadtverordnetenversammlung zugestimmt. Sie erfüllten also ihren Zweck, das politische Gewicht der Frauenforderungen zu erhöhen, mit großem Erfolg.

Durch ihre interfraktionelle Zusammenarbeit, die als »Grundpakt« über die ideologischen Gegensätze hinweg bezeichnet werden kann, <sup>33</sup> haben die weiblichen Stadtverordneten in der unmittelbaren Nachkriegszeit eine eigene »Kultur, einen eigenen Politikstil in dem von ihnen vorgefundenen, bereits verhärteten politisch-parlamentarischen Organisations- und Kräfteverhältnis etablieren können. In Frankfurt war die Kooperation der weiblichen Stadtverordneten in der zweiten Legislaturperiode sogar so rege, dass von einer »fünften Fraktion der Frauen« <sup>34</sup> gesprochen wurde.

Resümierend kann festgehalten werden: Politisch aktiv wurden in der Nachkriegszeit vor allem ältere, unverheiratete, berufstätige Frauen, die dem Nationalsozialismus ablehnend gegenübergestanden hatten und bereits einige politische Vorerfahrung mitbrachten. Dies gilt – soweit überhaupt Aussagen darüber möglich sind – auch für andere Städte und andere parlamentarische Ebenen. Solche Frauen konnten auf ein informelles Netzwerk zurückgreifen, das teilweise schon aus der Zeit vor dem Nationalsozialismus stammte und durch die überparteiliche Zusammenarbeit im Frauenverband aktualisiert und verstärkt wurde. Es ermöglichte auch interfraktionelles Handeln in der Stadtverordnetenversammlung und führte zu einem eigenen Politikstil der weiblichen Stadtverordneten.

## Anmerkungen

- 1 Gabriele Bremme, Die politische Rolle der Frau in Deutschland. Eine Untersuchung über den Einfluß der Frauen bei Wahlen und ihre Teilnahme in Partei und Parlament (= Schriftenreihe des UNESCO-Instituts für Sozialwissenschaften Köln. Bd. 4), Göttingen 1956, S. 150f.
- 2 Ausführlicher hierzu: Elke Schüller, »Frausein heißt politisch sein.« Wege der Frauen in die Politik am Beispiel Frankfurt am Main, Königstein 2005.
- 3 Wilhelm Heinz Schröder u. a., Historische Parlamentarismus-, Eliten- und Biographieforschung. Forschung

- und Service am Zentrum für Historische Sozialforschung, Köln 2000, S. 69.
- 4 Vgl. Wilhelm Heinz Schröder, Kollektive Biographien in der historischen Sozialforschung. Eine Einführung, in: Ders. (Hg.), Lebenslauf und Gesellschaft. Zum Einsatz von kollektiven Biographien in der historischen Sozialforschung (= Historisch-Sozialwissenschaftliche Forschungen. Bd. 18), Stuttgart 1985, S. 7–17, hier S. 10 f.
  - 5 Nach: Hessisches Statistisches Landesamt, Die Volks- und Berufszählung vom 29. Oktober 1946 in Hessen (= Beiträge zur Statistik Hessens. Nr. 18), Wiesbaden 1949, S. 15.
  - 6 Zumeist rechnet die historische Forschung heute die Geburtsjahrgänge der Anfang der 1920er Jahre bis 1930 Geborenen der Hitlerjugend-Generation zu. Vgl. Margarete Dörr, »Wer die Zeit nicht miterlebt hat ...«. Frauenerfahrungen zwischen Zweitem Weltkrieg und in den Jahren danach, Frankfurt 1998, S. 215 ff. Vgl. zum Terminus »skeptische Generation«, der die Jugend des Nachkriegsjahrzehnts von 1945 bis 1955 in den Blick nimmt: Helmut Schelsky, Die skeptische Generation. Eine Soziologie der deutschen Jugend, Köln 1957.
  - 7 Die Charakterisierung als Jugendbewegungsgeneration wird hier in Anlehnung an Angela Pitzschke benutzt: Frauenleben und Frauenpolitik. Lebensgeschichte und politisches Engagement von Frauen der politischen Linken in der Nachkriegszeit, dargestellt am Beispiel Kassels, Pfaffenweiler 1994, S. 481 ff.
  - 8 Klaus-Michael Mallmann, Zwischen Denunziation und Roter Hilfe. Geschlechtsbeziehungen und kommunistischer Widerstand 1933–1945, in: Wickert, Christl (Hg.), Frauen gegen die Diktatur – Widerstand und Verfolgung im nationalsozialistischen Deutschland, Berlin 1995, S. 82–97, hier S. 83 f.
  - 9 Nach M. Rainer Lepsius meint »Sozialmoralisches Milieu« eine »Bezeichnung für soziale Einheiten, die durch die Koinzidenz mehrerer Strukturdimensionen wie Religion, regionale Tradition, wirtschaftliche Lage, kulturelle Orientierung, schichtspezifische Zusammensetzung der intermediären Gruppe« gebildet werden. Vgl. M. Rainer Lepsius, Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, in: Wilhelm Abel u. a. (Hg.), Wirtschaft, Geschichte und Wirtschaftsgeschichte. Festschrift zum 65. Geburtstag von Friedrich Lütge, Stuttgart 1966, S. 371–393, hier S. 383.
  - 10 Mallmann, S. 83 f.
  - 11 Vgl. Glaser, Edith, »Sind Frauen studierfähig?« Vorurteile gegen das Frauenstudium, in: Elke Kleinau/Claudia Opitz (Hg.), Geschichte der Mädchen- und Frauenbildung. Bd. 2, Frankfurt a.M./New York 1996, S. 310–324.
  - 12 Bundesministerium für Arbeit (Hg.), Die Frau im Erwerbsleben, Bonn 1954, S. 13 und S. 15. Frankfurt lag annähernd im Landes- und Bundesdurchschnitt: Im Land Hessen betrug die Frauenerwerbsquote 32,1 %, im Bund 31,4 %.
  - 13 Bremme, S. 134.
  - 14 Vgl. Sibylle Meyer/Eva Schulze, »Alleine war's schwieriger und einfacher zugleich.« Veränderung gesellschaftlicher Bewertung und individueller Erfahrung alleinstehender Frauen in Berlin 1943–1955, in: Anna-Elisabeth Freier/Annette Kuhn (Hg.), »Das Schicksal Deutschlands liegt in der Hand seiner Frauen« – Frauen in der deutschen Nachkriegsgeschichte (= Frauen in der Geschichte V), Düsseldorf 1984, S. 348–386; Sibylle Meyer/Eva Schulze, »Wie wir das alles geschafft haben.« Alleinstehende Frauen berichten über ihr Leben nach 1945, München 1984.
  - 15 Rebecca Boehling, Geschlechterpolitik in der U.S. Besatzungszone unter besonderer Berücksichtigung der Kommunalpolitik, in: Gabriele Clemens (Hg.), Kulturpolitik im besetzten Deutschland 1945–1949, Stuttgart 1994, S. 72 und S. 77. In München waren in der ersten Legislaturperiode 80% und in der zweiten 70% der Ratsfrauen unverheiratet.
  - 16 Anne-Françoise Gilbert, Kampf um die Welt – Sorge um sich selbst. Lebensentwürfe und kulturelle Räume lediger Frauen in der Moderne, Königstein/Ts. 2001, S. 17.
  - 17 Bundesarchiv, Koblenz, Aktenbestand KPD-Akten, B 118/50, Bl. 23.
  - 18 So waren z.B. zwei Drittel aller weiblichen Bundestagsabgeordneten im Jahr 1955 verheiratet. Vgl. Charlotte Lütken, Die Familienverhältnisse der weiblichen Bundestagsabgeordneten, in: Zeitschrift für Politik N. F. VI (1959), S. 59.
  - 19 Annette Kuhn, 1945 – Versäumte Emanzipationschancen? Feministische Überlegungen zur Refamilialisierung nach 1945, in: Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.), Frauen in den neuen Bundesländern. Rückzug in die Familie oder Aufbruch zur Gleichstellung in Beruf und Familie?, Bonn 1991, S. 17–43.
  - 20 Alfons Söllner, zitiert nach: Jutta Beyer, Demokratie als Lernprozeß. Politische Kultur und lokale Politik

- nach 1945 am Beispiel der Städte Forchheim und Schwabach, Nürnberg 1989, S. II und IV.
- 21 Beate Hoecker, Lern- und Arbeitsbuch Frauen. Männer und die Politik, Bonn 1999, S. 132.
  - 22 Boehling, S. 73.
  - 23 Hiltrud Naßmacher, Frauen und lokale Politik, in: Bernhard Blanke (Hg.), Staat und Stadt, systematische, vergleichende und problemorientierte Analysen »dezentraler« Politik, Opladen 1991, S. 151-176, hier S. 154. Vgl. dazu auch: Dies., Frauen in der Politik?!, in: Elke Biester/Barbara Holland-Kunz/Birgit Sauer (Hg.), Demokratie oder Androkratie? Themen und Praxis demokratischer Herrschaft in der feministischen Diskussion. Politik der Geschlechterverhältnisse. Bd. 3, Frankfurt 1994, S. 52-68, hier S. 60 f.
  - 24 Hoecker, S. 133.
  - 25 Institut für Stadtgeschichte, Frankfurt: Protokolle der Plenarsitzungen 1946 bis 1956, P978-1066.
  - 26 Vgl. Christl Wickert, Frauen im Parlament. Lebensläufe sozialdemokratischer Parlamentarierinnen in der Weimarer Republik, in: Wilhelm Heinz Schröder (Hg.), Lebenslauf und Gesellschaft. Zum Einsatz von kollektiven Biographien in der historischen Sozialforschung (= Historisch-Sozialwissenschaftliche Forschungen. Bd. 18), Stuttgart 1985, S. 210-240, hier S. 236 f.; Heide-Marie Lauterer, »Das Recht, anders geartete, weibliche Menschen zu sein«. Zur Frage einer gemeinsamen politischen Praxis von Parlamentarierinnen in der Weimarer Republik, in der britischen Besatzungszone und in der frühen Bundesrepublik Deutschland, in: Westfälische Forschungen 45 (1995), S. 134-155, hier S. 148.
  - 27 Karin Hausen, Die »Frauenfrage« war schon immer eine »Männerfrage«. Überlegungen zum historischen Ort von Familie in der Moderne, Bonn 1995, S. 30.
  - 28 So die Stadtverordnete Elisabeth Rhabanus, CDU, am 16.8.1948 in einer Plenarrede anlässlich der »Doppelverdienerdebatte« (Institut für Stadtgeschichte, Frankfurt: Protokolle der Plenarsitzungen, P990).
  - 29 So die sozialdemokratische Stadtverordnete Elli Horeni: »Was mir am meisten am Herzen liegt!« Vier weibliche Stadtverordnete beantworten eine Frage, in: Frankfurter Neue Presse vom 12.5.1948.
  - 30 So die kommunistische Stadtverordnete Eva Steinschneider in einer Plenarrede am 16.8.1948 (Institut für Stadtgeschichte, Frankfurt: Protokolle der Plenarsitzungen, P990).
  - 31 So die Stadtverordneten Anne Bringezu, FDP, in der Sitzung vom 6.3.1952 (Institut für Stadtgeschichte, Frankfurt: Protokolle der Plenarsitzungen, P1033) und Elisabeth Rhabanus, CDU, in der Plenarsitzung vom 1.2.1951 (Institut für Stadtgeschichte, Frankfurt: Protokolle der Plenarsitzungen, P990).
  - 32 So die Stadtverordnete Elisabeth Rhabanus, CDU, in der Plenarsitzung vom 16.8.1948 (Institut für Stadtgeschichte, Frankfurt: Protokolle der Plenarsitzungen, P990).
  - 33 So Eugen Kogon, zitiert nach: Ingrid Langer, Frauenpolitik in Hessen nach 1945, in: Bernd Heidenreich/Konrad Schacht (Hg.), Hessen. Gesellschaft und Politik. Schriften zur politischen Landeskunde Hessens. Bd. 2, Stuttgart 1995, S. 194-213, hier S. 202.
  - 34 »Lob für die »Fünfte Fraktion«. Frauen im Stadtparlament/Verdienstkreuz für Aenne Bringezu«, in: Frankfurter Rundschau vom 28.1.1963.